

Endgültige Bedingungen Nr. 65 vom 24. Februar 2010
zum Basisprospekt vom 19. Mai 2009
geändert durch die Nachträge vom 16. Juli 2009,
27. August 2009, 11. November 2009 und 16. Dezember 2009

Potenzielle Käufer von Schuldverschreibungen, die Gegenstand dieser Endgültigen Bedingungen sind, sollten sich bewusst sein, dass die Höhe des Rückzahlungsbetrags bzw. der Lieferung und der Verzinsung von der Wertentwicklung eines Basiswerts abhängt. Sollte der für den Rückzahlungsbetrag maßgebliche Wert des Basiswerts am Ende der Laufzeit der Schuldverschreibungen Null betragen, so tritt ein Totalverlust des eingesetzten Kapitals ein. Zudem ist die Emittentin im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt, deren Realisierung im schlimmsten Fall dazu führen kann, dass sie ihren Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann.



Endgültige Bedingungen

Euro 50.000.000

Aktien-Express-Anleihe

Bayerische Landesbank

**Prozentnotierte
Schuldverschreibungen
(ohne Kapitalschutz)**

WKN: BLB64L
ISIN: DE000BLB64L1

Emissionstag: 31. März 2010

Die Endgültigen Bedingungen wurden bei Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und werden in gedruckter Form bei der Emittentin zur Ausgabe an das Publikum bereitgehalten. Zudem ist vorgesehen, sie in elektronischer Form auf der Internet-Seite der Emittentin (www.bayernlb.de) bereitzustellen.

Präsentation der Endgültigen Bedingungen

Gegenstand dieser Endgültigen Bedingungen sind 50.000 Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von Euro 50.000.000, begeben von der Bayerischen Landesbank (die „Schuldverschreibungen“), in der Gesamtheit die „Aktien-Express-Anleihe“ oder „die Anleihe“. Die Endgültigen Bedingungen zum Basisprospekt werden gemäß Artikel 26 Abs. 5 Unterabs. 1 Alt. 2 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 durch Einbeziehung der Endgültigen Bedingungen in den Basisprospekt präsentiert, d. h. es werden diejenigen Teile des Basisprospekts in diesem Dokument wiedergegeben, in denen sich aufgrund der Endgültigen Bedingungen Änderungen ergeben. Dabei werden vorhandene Leerstellen ausgefüllt. Alternative oder wählbare (im Basisprospekt mit eckigen Klammern gekennzeichnete) Ausführungen oder Bestimmungen, die in den Endgültigen Bedingungen nicht ausdrücklich genannt sind, gelten als aus dem Basisprospekt gestrichen.

Die Endgültigen Bedingungen haben die folgenden Bestandteile:

I. Risikofaktoren	3
II. Wertpapierbeschreibung	11
III. Anleihebedingungen	16
IV. Besteuerung	23

Es ist zu beachten, dass die vollständigen Angaben über die Emittentin und das Angebot sich nur aus dem Basisprospekt und den Endgültigen Bedingungen zusammen ergeben. Soweit Angaben in den Endgültigen Bedingungen und den beigefügten Anleihedingungen vom Basisprospekt abweichen, sind die Angaben in den Endgültigen Bedingungen vorrangig gegenüber den Angaben im Basisprospekt. Der Basisprospekt ist in elektronischer Form auf der Website der Emittentin veröffentlicht (www.bayernlb.de).

I. Risikofaktoren

Investoren sollten (erforderlichenfalls zusammen mit eigenen professionellen Beratern) die im folgenden dargestellten emittentenspezifischen und wertpapierspezifischen Risiken vor einem Investment in Wertpapiere der Bayerischen Landesbank sorgfältig und unter Berücksichtigung aller anderen Informationen, die in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen, im Basisprospekt und im Registrierungsformular enthalten sind, abwägen.

1. Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin

Wie andere Marktteilnehmer auch ist die Bayerische Landesbank im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt, deren Realisierung im schlimmsten Fall dazu führen könnte, dass die Bank ihren Verpflichtungen aus einer Emission von Wertpapieren nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann und der Investor sein Investment ganz oder teilweise verliert. Der folgende Text beinhaltet die wesentlichen emittentenspezifischen Risikofaktoren, die mit einem Investment in Wertpapiere der Bayerischen Landesbank verbunden sind. Die hier dargestellten Risiken könnten auch kumulativ eintreten und sich dadurch gegenseitig verstärken, wobei es nicht möglich ist, im vorhinein abzuschätzen, ob es zu einer solchen Akkumulierung kommt und was gegebenenfalls ihre konkreten Auswirkungen sein werden. Außerdem könnten andere, derzeit nicht bekannte oder als nicht wesentlich eingestufte Risiken die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der BayernLB beeinträchtigen.

Kredit- bzw. Adressenausfallrisiken

Die Bayerische Landesbank und ihre Tochterinstitute sind Kredit- bzw. Adressenausfallrisiken ausgesetzt. Sie entstehen, wenn aus Geschäften Ansprüche gegen Kreditnehmer, Wertpapieremittenten oder sonstige Kontrahenten resultieren. Werden von diesen Adressen Verpflichtungen nicht erfüllt, entsteht ein Verlust in Höhe der nicht erhaltenen Leistungen abzüglich verwerteter Sicherheiten und gegebenenfalls vermindert um eine erzielte Wiedergewinnungsrate aus unbesicherten Teilen. Jeder derartige Verlust würde einen negativen Effekt auf die Ertrags-, Liquiditäts- und Finanzlage der Gruppe haben. Aufgrund der sich manifestierenden Rezession war im Geschäftsjahr 2008 auf Basis der in der Gruppe angewandten internen Ratingverfahren eine Verschlechterung der Ratings zu beobachten. Diese spiegeln eine verminderte Kreditwürdigkeit des jeweiligen Schuldners und damit eine erhöhte Wahrscheinlichkeit der Realisierung des jeweils zugrunde liegenden Kredit- oder Adressenausfallrisikos wider. Diese Tendenz dürfte sich im Geschäftsjahr 2009 aufgrund anhaltender weltweiter Konjunkturertrübung fortsetzen, was einen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der BayernLB und der Gruppe haben könnte. Ein besonderer regionaler Fokus beim Management von Kredit- und Adressenausfallrisiken wird in Ost- und Südosteuropa bei den Tochtergesellschaften HGAA und der MKB liegen.

Beteiligungsrisiken

Die BayernLB und ihre Tochtergesellschaften gehen zur Erreichung ihrer Unternehmensziele Beteiligungen an anderen Unternehmen ein. Damit verbunden ist die Eingehung von Beteiligungsrisiken, das heißt des Risikos potenzieller Verluste aus investiertem Eigenkapital, Haftungsverhältnissen (zum Beispiel aus Patronatserklärungen zugunsten der Beteiligungsunternehmen) oder Ergebnisabführungsverträgen (Verlustübernahmen). Eine Realisierung von Beteiligungsrisiken würde sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gruppe auswirken.

Länderrisiken

Länderrisiko ist das Risiko, dass im jeweils betroffenen Land ein Geschäftspartner oder dieses Land selbst seinen Verpflichtungen aufgrund hoheitlicher Maßnahmen oder volkswirtschaftlicher oder politischer Probleme nicht oder nicht fristgerecht nachkommt. Länderrisiken entstehen beispielsweise aufgrund einer Verschlechterung der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eines politischen oder sozialen Umsturzes, der Verstaatlichung oder Enteignung von Vermögen, der Nichtanerkennung von grenzüberschreitenden Verbindlichkeiten von staatlicher Seite, von Devisenkontrollmaßnahmen, der Entwertung oder Abwertung der Landeswährung oder Zahlungs- oder

Lieferverboten, Moratorium, Embargo, Krieg, Revolution oder Putsch im jeweils betroffenen Land. Die BayernLB und ihre Tochterinstitute gehen im Zuge ihrer Geschäftstätigkeit bewusst Länderrisiken ein. Die wachsenden Staatsdefizite einiger, gerade auch europäischer Länder, führen gegenwärtig zu einer Zunahme der Bedeutung von Länderrisiken. Eine Realisierung von Länderrisiken würde negative Auswirkungen auf die Ertrags-, Liquiditäts- und Finanzlage der Gruppe haben.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken umfassen potenzielle Verluste aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen. Die BayernLB gliedert Marktpreisrisiken in allgemeine und spezifische Zinsänderungs-, Währungs-, Aktienkurs-, Rohstoff- und Volatilitätsrisiken sowie Risiken aus alternativen Investments (zum Beispiel in Hedgefonds). Marktpreisrisiken können aus Wertpapieren und wertpapierähnlichen Produkten, Geld- und Devisenprodukten, Rohstoffen, Derivaten, Währungs- und Ergebnissicherungen, eigenkapitalähnlichen Mitteln oder aus dem Aktiv-Passiv-Management resultieren. Marktpreisrisiken stellen ein bedeutsames Risiko dar, dessen Realisierung einen erheblichen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe haben kann.

Im Zuge der weltweiten Finanzmarktkrise kam es im Geschäftsjahr 2008 zu einem signifikanten Anstieg der Marktpreisrisiken gegenüber dem Vorjahr. Verantwortlich hierfür war vor allem eine durch starke Marktwertschwankungen im Bereich der Credit Spreads (Bonitätsaufschläge) getriebene Zunahme des spezifischen Zinsrisikos. Mit der Ausweitung der Finanzmarkturbulenzen hat in der Folge auch die Volatilität bei Währungen zugenommen und zu einem entsprechenden Risikoanstieg geführt. Insbesondere bei ABS- und anderen Wertpapieren führte extremer Preisverfall und zunehmende Illiquidität der relevanten Märkte dazu, dass Verkäufe von Vermögensgegenständen nicht bzw. nicht zu akzeptablen Preisen möglich waren, so dass Anpassungen des Marktpreisrisiko-Limits erforderlich wurden. Die Belastungen aus den ABS- und Sekundärmarktportfolien schlugen sich im Geschäftsjahr 2008 im Handelsergebnis mit minus EUR 2,1 Mrd. und im Ergebnis aus Finanzanlagen mit minus EUR 1,9 Mrd. nieder. Die weitere Entwicklung der Marktpreisrisiken wird auch im Geschäftsjahr 2009 stark von der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte abhängen, die zurzeit nicht hinreichend abschätzbar ist.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die Bank fällige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht erfüllen oder – im Falle einer Liquiditätskrise – Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen beschaffen oder Aktiva nur mit Abschlägen auf die Marktpreise veräußern kann. Liquidität ist eine Kernressource für die Bank, weshalb einer erfolgreichen Liquiditätssteuerung und einem funktionierendem Liquiditätsrisikomanagement eine zentrale Bedeutung zukommt. Sollte die BayernLB nicht zu jeder Zeit über genügend Mittel zur Erfüllung ihrer fälligen Zahlungsverpflichtungen verfügen, hätte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die geschäftlichen Aussichten der Bank und könnte bedeuten, dass der Investor sein Investment ganz oder teilweise verliert. Sollte sich die BayernLB im Falle einer Liquiditätskrise Liquidität nur zu erhöhten Kosten beschaffen können, hätte dies nachteilige Auswirkungen auf die Ertragslage der Bank.

Die weltweite Vertrauenskrise an den Finanzmärkten hatte in 2008 erhebliche negative Auswirkungen auf die Refinanzierungssituation der Banken, so auch auf die BayernLB. So mussten im Laufe des Geschäftsjahrs Maßnahmen zur Reduzierung bestehender Liquiditätsrisiken und zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit ergriffen werden. Hierzu zählen neben einer gezielten Steuerung der Liquiditätsreserven und einer an der Refinanzierungssituation ausgerichteten, maßvollen Steuerung des Kreditneugeschäfts die Beantragung eines Garantiekreditrahmens in Höhe von EUR 15 Mrd. beim SoFFin, der der Bank mit Vertrag vom 3. Dezember 2008 entsprechend eingeräumt und von der Bank im Januar 2009 in Höhe von EUR 5 Mrd. genutzt worden ist. Auch im Geschäftsjahr 2009 wird die Liquiditätslage der Gruppe stark von der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte abhängen, die zurzeit nicht hinreichend abschätzbar ist.

Operationelle Risiken

Entsprechend der aufsichtsrechtlichen Definition bedeutet operationelles Risiko die Gefahr von Verlusten aufgrund der Unangemessenheit oder des Versagens interner Verfahren oder Systeme, aufgrund des Versagens oder Ausfalls von Menschen oder aufgrund externer Ereignisse. Dies schließt

Rechtsrisiken ein. Rechtsrisiken sind Verlustrisiken aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens infolge (ggf. auch unverschuldeter oder unvermeidbarer) Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Eine Realisierung von operationellen Risiken könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gruppe haben.

Risikomanagementsysteme in der Gruppe

Die BayernLB hat sowohl in ihrer Aufbau- als auch ihrer Ablauforganisation Zuständigkeiten und Prozesse zur möglichst umfassenden Identifizierung, Analyse, Messung, Steuerung, Begrenzung und Überwachung von Risiken geschaffen. Die entsprechenden Methoden, Einrichtungen und Verfahren werden ständig weiterentwickelt und in einem fortschreitenden Prozess auch innerhalb der konzernstrategischen Beteiligungen etabliert. Dabei kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich die heute bestehenden Verfahren in der Zukunft als unzureichend oder ungeeignet erweisen mit der Folge, dass die BayernLB oder ihre Tochtergesellschaften unerwartet substantielle Verluste erleiden könnten, die einen negativen Einfluss auf die Geschäfte und die finanzielle Position der BayernLB und der Gruppe haben und die im äußersten Fall zur Unfähigkeit der BayernLB führen könnten, geschuldete Zahlungen auf ihre Wertpapiere zu leisten. Außerdem besteht generell das Risiko, dass es der Bank nicht gelingen könnte, geeignete neue Risikomanagement-Verfahren zu entwickeln und umzusetzen.

Kapitalmanagement und Solvabilität / Risikotragfähigkeit

Zur Deckung potenzieller Verluste aus der Realisierung von Risiken muss die Bank nach ökonomischen Gesichtspunkten und unter Beachtung aufsichtsrechtlicher Vorgaben stets über ein ausreichendes Eigenkapital und eine ausreichende (haftende) Risikodeckungsmasse verfügen. Gegen Ende des Geschäftsjahres 2008 überstieg das ökonomische Risiko der Gruppe einschließlich des Risikokapitalbedarfs für mögliche verschärfte Risikosituationen (Stressszenarien) das angestrebte Risikokapital. Dies machte eine Stärkung der Kapitalbasis der Bank erforderlich. Der Freistaat Bayern hat das Eigenkapital der Bank in drei Tranchen um insgesamt EUR 10 Mrd. erhöht, davon um EUR 3 Mrd. noch im Geschäftsjahr 2008. Mit dem vollständigen Zufluss des durch den Freistaat Bayern bereitgestellten Kapitals im ersten Quartal 2009 wurde die Risikotragfähigkeit wiederhergestellt. Jedoch kann aufgrund der noch nicht überwundenen Finanz- und Konjunkturkrise nicht mit letzter Gewissheit ausgeschlossen werden, dass zu einem späteren Zeitpunkt zusätzlicher Eigenkapitalbedarf entsteht.

Restrukturierung der Gruppe

Aufgrund der Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die BayernLB wurden der Bank vom Freistaat Bayern sowie – auf der Grundlage des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes – vom SoFFin umfangreiche Hilfen zur Stabilisierung der Bank (Stabilisierungsmaßnahmen) gewährt. Die Stabilisierungsmaßnahmen sind nach europäischem Wettbewerbsrecht als Beihilfen zu qualifizieren und bedürfen der Genehmigung durch die Kommission. Die Kommission hat die Beihilfen genehmigt. Die Stabilisierungsmaßnahmen des Freistaats Bayern hat die Kommission am 18. Dezember 2008 allerdings zunächst nur für einen Zeitraum von sechs Monaten genehmigt. Die Bank hat der Kommission am 29. April 2009 einen Umstrukturierungsplan zur Entscheidung vorgelegt. Damit hat sich der Sechsenmonatszeitraum automatisch bis zur Entscheidung der Kommission über diesen Umstrukturierungsplan verlängert. Sollte die Kommission den Umstrukturierungsplan nicht, auch nicht mit Änderungen, genehmigen, müsste die BayernLB die vom Freistaat Bayern erhaltenen Beihilfen zurückzahlen. Dies würde erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Liquiditäts- und Finanzlage, die Eigenkapitalsituation und die geschäftlichen Aussichten der BayernLB haben. Die Bank ist zuversichtlich, dass die Kommission den am 29. April 2009 zur Entscheidung vorgelegten Umstrukturierungsplan, ggf. mit Änderungen, genehmigen wird.

Der Umstrukturierungsplan zielt einerseits darauf ab sicherzustellen, dass die Bank künftig voraussichtlich ohne staatliche Beihilfen am Markt erfolgreich ist, andererseits darauf, die durch die Gewährung der Beihilfen entstandenen Wettbewerbsverzerrungen dadurch auszugleichen, dass sich die Bank auch von profitablen Geschäftsaktivitäten trennt. Damit führt die Umstrukturierung auch dazu, dass der Bank Ertragsquellen wegfallen. Mit der Umsetzung des Umstrukturierungsplans

wurde teilweise bereits begonnen.

Insbesondere ist zu erwarten, dass die Bank Geschäftsfelder (oder Teile davon) sowie – strategische und nicht-strategische – Konzerngesellschaften (einschließlich konzernstrategischer Beteiligungen) wird veräußern müssen. Damit führt die Umstrukturierung auch dazu, dass der Bank Ertragsquellen wegfallen. Mit der Umsetzung des Umstrukturierungsplans wurde teilweise bereits begonnen.

Darüber hinaus könnte ein Kontrollwechsel hinsichtlich der BayernLB Teil der Genehmigung des Umstrukturierungsplans seitens der Kommission sein. In diesem Fall müsste der Freistaat Bayern seine (indirekte) Mehrheitsbeteiligung an der BayernLB veräußern – sei es im Wege eines Verkaufs, sei es im Wege einer Verschmelzung.

Risiko einer Herabstufung des Ratings

Die BayernLB ist generell dem Risiko ausgesetzt, dass die Bonitätseinstufungen („Ratings“), die ihr von den Ratingagenturen verliehen werden, heruntergesetzt werden können. Derartige Herabstufungen könnten negative Effekte auf die Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank haben und führen üblicherweise zu einer Erhöhung der Refinanzierungskosten. Sie können somit negative Auswirkungen auf die Liquiditäts-, Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Bank haben.

2. Risikofaktoren in Bezug auf die Schuldverschreibungen

Die Höhe der Rückzahlung bzw. die Lieferung des Basiswerts und die Verzinsung sowie der Rückzahlungszeitpunkt bestimmen sich in Abhängigkeit von der Entwicklung eines Basiswerts. Basiswert ist vorliegend, wie in § 3 Absatz (2) der Anleihebedingungen definiert, eine Aktie.

Ein Kapitalschutz besteht nicht.

Diese Ausgestaltung ist mit den folgenden Risiken verbunden:

Allgemeines Renditerisiko aufgrund der Abhängigkeit von der Entwicklung eines Basiswerts

Für die Prognose der Zinszahlungen sowie der Rückzahlung bzw. Lieferung des Basiswerts ist unter anderem die Volatilität der Aktie zu berücksichtigen. Unter dem Begriff „Volatilität“ versteht man die Schwankungsbreite bzw. die Kursbeweglichkeit der Aktie.

Die Rendite der Schuldverschreibungen lässt sich erst am Ende der Laufzeit bestimmen, da erst dann die tatsächliche Höhe der Rückzahlung bzw. der Lieferung des Basiswerts und die tatsächlich gezahlten Zinsbeträge bekannt sind, sowie die tatsächlichen Zinszahlungszeitpunkte und die tatsächliche Laufzeit feststehen. Es besteht das Risiko, dass die Rendite einer Kapitalmarktanlage mit vergleichbarer Laufzeit und marktüblicher Verzinsung nicht erreicht wird.

Neben dem Renditerisiko besteht das Risiko, dass das eingesetzte Kapital nicht in voller Höhe zurückbezahlt wird. Dieser Kapitalverlust kann ein erhebliches Ausmaß annehmen und gegebenenfalls bis hin zum Totalverlust führen. Ein Totalverlust kann dann eintreten, wenn der für den Rückzahlungsbetrag maßgebliche Basiswert am Ende der Laufzeit der Schuldverschreibungen auf Null sinkt.

Besondere Risiken aufgrund der Abhängigkeit von einer Aktie

Basiswert ist eine Aktie. Die Kursentwicklung der Aktie lässt sich nicht vorhersagen und ist bestimmt durch gesamtwirtschaftliche Faktoren, zum Beispiel das Zins- und Kursniveau an den Kapitalmärkten, Währungsentwicklungen, politische Gegebenheiten wie auch durch unternehmensspezifische Faktoren wie zum Beispiel Ertragslage, Marktposition, Risikosituation, Aktionärsstruktur und Ausschüttungspolitik.

Keine Berücksichtigung von Dividendenzahlungen

Zu beachten ist, dass Dividendenzahlungen hinsichtlich der Aktie bei der Ermittlung der Höhe der Rückzahlung bzw. der Lieferung des Basiswerts und der Verzinsung keine Berücksichtigung finden.

Marktpreisrisiken infolge der basiswertabhängigen Struktur

Die Kursentwicklung der Schuldverschreibungen während der Laufzeit ist abhängig von der Entwicklung des Basiswerts sowie vom Zins- und Kursniveau an den Kapitalmärkten, Währungsentwicklungen, politischen Gegebenheiten und unternehmensspezifischen Faktoren betreffend die Emittentin.

Es gilt bezüglich der Einflussfaktoren auf den Basiswert das oben unter „Allgemeines Renditerisiko aufgrund der Abhängigkeit von der Entwicklung eines Basiswerts“ sowie das unter „Besondere Risiken aufgrund der Abhängigkeit von einer Aktie“ Beschriebene.

Auch bei einer Veräußerung vor Endfälligkeit kann der erzielte Verkaufserlös unterhalb des eingesetzten Kapitals liegen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Bei den Schuldverschreibungen handelt es sich um neu begebene Wertpapiere. Vor dem Emissionstag gibt es keinen öffentlichen Markt für die Schuldverschreibungen. Ab dem Emissionstag beabsichtigt die Emittentin, börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Schuldverschreibungen anzukaufen. Die Emittentin übernimmt aber keine Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse.

Obwohl die Schuldverschreibungen ab dem in den Endgültigen Bedingungen genannten Termin in den Freiverkehr einbezogen werden sollen, gibt es keine Gewissheit dahingehend, dass sich ein aktiver öffentlicher Markt für diese Wertpapiere entwickeln wird oder dass diese Einbeziehung aufrechterhalten wird.

Bei ungünstiger Entwicklung des Basiswerts, oder falls andere negative Faktoren zum Tragen kommen, kann mangels Nachfrage die Handelbarkeit der Schuldverschreibungen eingeschränkt sein. Die Emittentin ist nicht dazu verpflichtet, einen liquiden Markt aufrechtzuerhalten.

Im Falle besonderer Marktsituationen, in denen Sicherungsgeschäfte durch die Emittentin nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich sind, kann es zu vorübergehenden Ausweitungen der Spanne zwischen den von der Emittentin gestellten Kauf- und Verkaufskursen kommen, um die wirtschaftlichen Risiken der Emittentin einzugrenzen.

Transaktionskosten, Ausgabeaufschlag

Provisionen, insbesondere Mindestprovisionen oder feste Provisionen pro Transaktion (Kauf und Verkauf) kombiniert mit einem niedrigen Auftragswert, führen ebenso wie der Ausgabeaufschlag zu Kostenbelastungen, welche die Rendite möglicherweise erheblich verringern bzw. einen Verlust erhöhen.

Risiko aus Anpassungsmaßnahmen

Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen können Ereignisse in Bezug auf den Basiswert eintreten, die die Ersetzung des Basiswerts oder andere Anpassungen der in § 3, § 4 und § 5 der Anleihebedingungen festgesetzten Parameter und Formeln erforderlich machen.

In diesen Fällen wird die Emittentin die Anpassungen im billigen Ermessen unter Wahrung der Interessen der Anleger vornehmen. Naturgemäß ist aber nicht auszuschließen, dass sich die einer Anpassungsmaßnahme zugrunde liegenden Einschätzungen im Nachhinein als unzutreffend erweisen und sich die Anpassungsmaßnahme später als für den Anleger unvorteilhaft herausstellt.

Wiederanlagerisiko bei außerordentlichem Kündigungsrecht

Die Emittentin hat im Fall des Vorliegens von Anpassungsereignissen ein außerordentliches Kündigungsrecht nach § 7 der Anleihebedingungen.

Im Falle der Ausübung des Kündigungsrechts wird die Emittentin die Schuldverschreibungen zu einem nach billigem Ermessen bestimmten angemessenen Marktpreis zurückzahlen. Es besteht dabei ein Wiederanlagerisiko, das heißt ein Risiko, dass der Anleger die vorzeitig zurückerhaltenen Mittel nur zu verschlechterten Konditionen wieder anlegen kann.

Risiko aufgrund der Zeitspanne zwischen letztem Feststellungstag und Rückzahlungstag

Die Entscheidung, ob die Schuldverschreibungen durch Zahlung des Rückzahlungsbetrags oder durch Lieferung von Aktien getilgt werden, erfolgt am letzten Feststellungstag. Im Fall einer Tilgung durch Lieferung ist zu berücksichtigen, dass die Aktien frühestens am Rückzahlungstag (nach Einbuchung in das Depot des Anlegers) verkauft werden können. Bis zur Übertragung in das Depot des Anlegers bestehen keine Ansprüche aus den Aktien. In der Zeitspanne zwischen dem letzten Feststellungstag und dem Rückzahlungstag kann sich der Kurs der zu liefernden Aktien negativ entwickeln. Die tatsächliche Rendite steht daher erst fest, wenn die Wertpapiere geliefert wurden.

Risikoausschließende oder risikoeinschränkende Geschäfte des Anlegers

Der potenzielle Käufer der Schuldverschreibungen kann nicht darauf vertrauen, während der Laufzeit der Schuldverschreibungen jederzeit Geschäfte abschließen zu können, durch deren Abschluss er in der Lage ist, seine Risiken im Zusammenhang mit den von ihm gehaltenen Schuldverschreibungen auszuschließen. Ob dies jederzeit möglich ist, hängt von den Marktverhältnissen und von den dem jeweiligen Geschäft zugrunde liegenden Bedingungen ab. Unter Umständen können solche Geschäfte überhaupt nicht oder nur zu einem ungünstigen Marktpreis getätigt werden, so dass ein entsprechender Verlust entstehen kann.

3. Risikofaktoren in Bezug auf Interessenkonflikte

Im Hinblick auf die Emission der Schuldverschreibungen bestehen gegenwärtig keine Interessen bzw. Interessenkonflikte bei der Emittentin oder ihren Geschäftsführungsmitgliedern oder mit der Emission befassten Angestellten, die für dieses Angebot von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Absicherungsgeschäfte

Die Emittentin kann zur Absicherung ihrer Positionen aus der Emission von Schuldverschreibungen Absicherungsgeschäfte (so genannte „Hedge-Geschäfte“) vornehmen. Derartige Geschäfte haben nach Ansicht der Emittentin unter normalen Umständen keinen Einfluss auf den Wert des Basiswerts oder derivativer Komponenten auf den Basiswert und somit auf den Kurs der Schuldverschreibungen selbst. Es kann jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass der Kurs der Schuldverschreibungen durch Absicherungskäufe oder -verkäufe für den Anleger nachteilig beeinflusst wird. In diesem Fall ist es denkbar, dass Interessenkonflikte in der Zukunft auftreten.

Geschäfte über den Basiswert

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können gegebenenfalls an Geschäften über den Basiswert beteiligt sein, sowohl für eigene Rechnung als auch für Rechnung von durch sie

verwalteten Vermögen. Diese Geschäfte können Auswirkungen auf den Kurs des Basiswerts und den Kurs der Schuldverschreibungen selbst haben.

Emission weiterer derivativer Instrumente

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können weitere derivative Instrumente auf den Basiswert ausgeben; die Einführung solcher Produkte kann sich auf den Kurs der Schuldverschreibungen auswirken.

Ausgabepreis

Im Ausgabepreis für die Schuldverschreibungen kann, gegebenenfalls zusätzlich zu festgesetzten Ausgabeaufschlägen oder anderen Entgelten, ein für den Anleger nicht erkennbarer Aufschlag auf den ursprünglichen „fairen Wert“ der Schuldverschreibungen enthalten sein. Diese Strukturierungsgebühr wird von der Emittentin nach ihrem freien Ermessen festgesetzt und kann sich von den Aufschlägen unterscheiden, die andere Emittenten für vergleichbare Wertpapiere erheben.

Handeln als Market-Maker für die Schuldverschreibungen

Die Emittentin, oder eine von ihr beauftragte Stelle, kann für die Schuldverschreibungen als Market-Maker auftreten. Durch ein solches „Market-Making“ wird die Emittentin oder die beauftragte Stelle den Kurs der Schuldverschreibungen maßgeblich selbst bestimmen. Dabei werden die von dem Market-Maker gestellten Kurse normalerweise nicht den Kursen entsprechen, die sich ohne solches Market-Making und in einem liquiden Markt gebildet hätten.

Zu den Umständen, auf deren Grundlage der Market-Maker im Sekundärmarkt die gestellten Geld- und Briefkurse festlegt, gehören insbesondere der faire Wert der Schuldverschreibungen, der unter anderem vom Wert des Basiswerts abhängt, sowie die vom Market-Maker angestrebte Spanne zwischen Geld- und Briefkursen.

Die Spanne zwischen Geld- und Briefkursen setzt der Market-Maker abhängig von Angebot und Nachfrage für die Schuldverschreibungen und bestimmten Markteinschätzungen fest. Berücksichtigt wird darüber hinaus ein für die Schuldverschreibungen ursprünglich erhobener Ausgabeaufschlag.

Einfluss auf die Preisstellung im Sekundärmarkt haben des Weiteren beispielsweise eine im Ausgabepreis für die Schuldverschreibungen enthaltene Strukturierungsgebühr und die für den Basiswert gezahlten oder erwarteten Dividenden oder sonstigen Erträge, wenn diese nach der Ausgestaltung der Wertpapiere wirtschaftlich der Emittentin zustehen.

Bestimmte Kosten, wie beispielsweise erhobene Verwaltungsentgelte, werden bei der Preisstellung vielfach nicht gleichmäßig verteilt über die Laufzeit der Schuldverschreibungen (pro rata temporis) preismindernd in Abzug gebracht, sondern bereits zu einem im Ermessen des Market-Maker stehenden früheren Zeitpunkt vollständig vom fairen Wert der Schuldverschreibungen abgezogen. Entsprechendes gilt für eine im Ausgabepreis für die Schuldverschreibungen gegebenenfalls enthaltene Strukturierungsgebühr sowie für Dividenden und sonstige Erträge des Basiswerts, die nach der Ausgestaltung der Schuldverschreibungen wirtschaftlich der Emittentin zustehen. Diese werden oft nicht erst dann preismindernd in Abzug gebracht, wenn der Basiswert "ex-Dividende" gehandelt wird, sondern bereits zu einem früheren Zeitpunkt der Laufzeit, und zwar auf Grundlage der für die gesamte Laufzeit oder einen bestimmten Zeitabschnitt erwarteten Dividenden. Die Geschwindigkeit dieses Abzugs hängt dabei unter anderem von der Höhe etwaiger Netto-Rückflüsse der Schuldverschreibungen an den Market-Maker ab.

Die von dem Market-Maker gestellten Kurse können dementsprechend von dem fairen bzw. dem aufgrund der oben genannten Faktoren wirtschaftlich zu erwartenden Wert der Schuldverschreibungen zum jeweiligen Zeitpunkt abweichen. Darüber hinaus kann der Market-Maker die Methodik,

nach der er die gestellten Kurse festsetzt, jederzeit abändern, z.B. die Spanne zwischen Geld- und Briefkursen vergrößern oder verringern.

Emittentin als Konsortialmitglied für Emittenten von Aktien

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können in Verbindung mit künftigen Angeboten der Aktie auch als Konsortialmitglieder fungieren oder als Finanzberater des Emittenten der Aktie oder als Geschäftsbank für den Emittenten der Aktie fungieren. Tätigkeiten der genannten Art können bestimmte Interessenkonflikte mit sich bringen.

Erhalt von nicht-öffentlichen Informationen

Die Emittentin und/oder mit ihr verbundene Unternehmen können nicht-öffentliche Informationen über den Basiswert erhalten, zu deren Offenlegung gegenüber den Anleihegläubigern die Emittentin oder mit ihr verbundene Unternehmen nicht verpflichtet sind. Weiterhin können ein oder mehrere verbundene Unternehmen der Emittentin Research zum Basiswert veröffentlichen. Derartige Tätigkeiten können Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Kurs der Schuldverschreibungen auswirken.

Beratung durch die Hausbank

Der Basisprospekt und die Endgültigen Bedingungen ersetzen nicht die vor der Kaufentscheidung in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch den Anlageberater. Aufgrund der gegenüber anderen Anlageformen erhöhten Risiken eignen sich die Schuldverschreibungen nur für Anleger, die sich dieser speziellen Risiken bewusst sind.

II. Wertpapierbeschreibung

Die Wertpapierbeschreibung beinhaltet eine Beschreibung der Ausgestaltung der Schuldverschreibungen, die in den Anleihebedingungen verbindlich geregelt ist. Die Anleihebedingungen enthalten insbesondere Definitionen zu den in der Wertpapierbeschreibung verwendeten Begriffen. Im Hinblick auf das den Anleihegläubigern gemäß § 2 Absatz (1) der Anleihebedingungen zustehende Anleiherecht ist zu beachten, dass die Anleihebedingungen alleine maßgeblich sind.

1. Gegenstand

Die Schuldverschreibungen zeichnen sich dadurch aus, dass die Höhe der Rückzahlung bzw. die Lieferung des Basiswerts sowie der Rückzahlungszeitpunkt und die Verzinsung von der Entwicklung eines Basiswerts abhängig ist. Basiswert ist, wie in § 3 Absatz (2) der Anleihebedingungen definiert, eine Aktie. Es besteht kein Kapitalschutz.

2. Angaben über die anzubietenden Wertpapiere

Typ und Kategorie der Wertpapiere

Bei den Schuldverschreibungen handelt es sich um Wertpapiere im Sinne des § 2 Nr. 1a WpPG bzw. um Nichtdividendenwerte im Sinne des Art. 22 Abs. 6 Nr. 4 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004, die im Rahmen eines Angebotsprogramms nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 2 Nr. 5 WpPG begeben werden. Der ISIN Code und die WKN sind für die Schuldverschreibungen auf dem Deckblatt der Endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Schuldverschreibungen stellen Inhaberschuldverschreibungen im Sinn der §§ 793 ff. Bürgerliches Gesetzbuch dar.

Anwendbares Recht

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach deutschem Recht.

Verbriefung

Die Schuldverschreibungen sind in einer Globalurkunde ohne Zinsschein verbrieft, die bei der

Clearstream Banking AG
Neue Börsenstraße 1
60487 Frankfurt am Main

(nachstehend „CBF“ genannt) hinterlegt ist. Die Lieferung effektiver Einzelurkunden kann während der gesamten Laufzeit nicht verlangt werden. Die Schuldverschreibungen sind als Mit-eigentumsanteile an der Globalurkunde in Übereinstimmung mit den Bestimmungen und Regeln der CBF und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland der Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg, und der Euroclear Bank, S.A./N.V., Brüssel, übertragbar. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Zeichnungsberechtigten der Emittentin.

Währung

Die Schuldverschreibungen werden in Euro begeben.

Status und Rang

Die Schuldverschreibungen stellen unmittelbare, unbedingte, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin dar und haben den gleichen Rang wie alle anderen unbesicherten, nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die aufgrund Gesetzes Vorrang genießen.

Rechte in Zusammenhang mit den Wertpapieren

Die Rechte in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen und ihre Ausübung bestimmen sich nach den Anleihebedingungen. Jede Schuldverschreibung gewährt ihrem Inhaber das in § 2 Absatz (1) definierte Anleiherecht.

Die Schuldverschreibungen sind für die Emittentin, vorbehaltlich einer außerordentlichen Kündigung der Emittentin nach § 7, und für die Anleihegläubiger unkündbar.

Struktur der Schuldverschreibungen

Die Verzinsung und die Höhe der Rückzahlung bzw. die Lieferung des Basiswerts sowie der Rückzahlungszeitpunkt sind abhängig von der Entwicklung eines Basiswerts.

Als Berechnungsstelle fungiert die Bayerische Landesbank, Briener Straße 18, D-80333 München.

Basiswert ist die Aktie der Deutschen Bank AG (ISIN DE0005140008), auch als „Referenzwert“ oder „Aktie“ bezeichnet.

Als Referenzpreis für die Entwicklung des Basiswerts dient der am Starttag festgestellte Schlusskurs des Basiswerts, der sog. „Startkurs“, auf dessen Basis folgende Schwellenwerte errechnet werden:

Die „Kuponschwelle“ beträgt 70 % des Startkurses.

Die „Tilgungsschwelle“ beträgt 100 % des Startkurses.

Verzinsung

Quartalsweise wird an den Feststellungstagen (24. Juni 2010, 24. September 2010, 27. Dezember 2010, 24. März 2011, 24. Juni 2011, 26. September 2011, 27. Dezember 2011, 26. März 2012) der Schlusskurs des Basiswerts, der „Feststellungskurs“ ermittelt. Wenn an einem Feststellungstag der Feststellungskurs auf oder über der Kuponschwelle liegt, erfolgt 5 Bankgeschäftstage nach dem betreffenden Feststellungstag, am „Zinszahlungstag“, eine Zinszahlung in Höhe von 3,40 % des Nennbetrags der Schuldverschreibungen. Andernfalls entfällt die Zinszahlung zu diesem Zinszahlungstag.

Die Ansprüche des Anleihegläubigers auf Zinszahlung unterliegen der regelmäßigen Verjährungsfrist gemäß § 195 BGB von drei Jahren.

Rückzahlung

Wenn an einem Feststellungstag vor dem letzten Feststellungstag der Feststellungskurs auf oder über der Tilgungsschwelle liegt, erfolgt an dem betreffenden Zinszahlungstag die vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen in Höhe des Nennbetrags.

Wenn keine vorzeitige Rückzahlung erfolgt ist, erfolgt die Tilgung der Schuldverschreibungen am 2. April 2012, dem „Rückzahlungstag“, wie folgt:

Fall 1:

Sollte der Feststellungskurs am letzten Feststellungstag auf oder über der Kuponschwelle liegen, so erfolgt am Rückzahlungstag die Rückzahlung der Schuldverschreibungen in Höhe des Nennbetrags.

Fall 2:

Sollte der Feststellungskurs am letzten Feststellungstag unter der Kuponschwelle liegen, so erfolgt die Tilgung der Schuldverschreibungen am Rückzahlungstag nicht durch Zahlung des Rückzahlungsbetrags, sondern durch Lieferung des Basiswerts. In diesem Fall werden je Schuldverschreibung im Nennbetrag von Euro 1.000 eine dem Nennbetrag dividiert durch den Startkurs entsprechende Anzahl von Aktien geliefert, wobei keine Bruchteile von Aktien geliefert werden, sondern auftretende Spitzenbeträge in Geld ausgeglichen werden.

Renditeüberlegungen

Die Rendite der Schuldverschreibungen lässt sich erst am Ende der Laufzeit bestimmen, da erst dann die tatsächlich gezahlten Zinsbeträge und der tatsächlich gezahlte Rückzahlungsbetrag bzw. der Wert der gelieferten Aktien und die tatsächliche Laufzeit bekannt sind.

Für die Berechnung der individuellen Rendite über die Gesamtlaufzeit hat der Anleger den ursprünglich gezahlten Preis, die Höhe der Rückzahlung bzw. den Wert der gelieferten Aktien, die Höhe und den Zeitpunkt der einzelnen Zinszahlungen, die Laufzeit der Schuldverschreibungen und die individuellen Transaktionskosten zu berücksichtigen.

Bei physischer Lieferung wird immer ein Verlust entstehen, der zwischen ca. 31 % (unter Berücksichtigung des Ausgabeaufschlags) und 100 % des eingesetzten Kapitals liegt. Sofern der Anleger die Aktien nicht sofort veräußert, unterliegt der gelieferte Bestand weiteren Kursentwicklungen.

Ermächtigung

Die Schuldverschreibungen werden aufgrund einer Rahmenermächtigung basierend auf dem Vorstandsbeschluss vom 1.10.2002 begeben.

Emissionstag

Der Emissionstag ist auf dem Deckblatt der Endgültigen Bedingungen angegeben.

3. Angaben über den zu Grunde liegenden Basiswert

Erläuterung zum Basiswert

Die Aktie ist in § 3 Absatz (2) der Anleihebedingungen angegeben. Nähere Angaben zu der Aktie, insbesondere zur ISIN und der Maßgeblichen Börse sind ebenfalls § 3 der Anleihebedingungen zu entnehmen. Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung der Aktie sowie die historischen Volatilitäten können unter www.onvista.de eingeholt werden. Diese Internetseite ist unbeschränkt zugänglich.

Anpassungsregelungen

Für den Fall, dass während der Laufzeit der Schuldverschreibungen Anpassungsmaßnahmen bezüglich des Basiswerts erforderlich sind, sieht § 7 der Anleihebedingungen entsprechende Regelungen vor, gegebenenfalls besteht nach dieser Vorschrift ein außerordentliches Kündigungsrecht der Emittentin.

Fehlende Kursfeststellung, Marktstörung

Für den Fall, dass am Starttag oder an einem Feststellungstag eine Marktstörung vorliegt oder aus anderen Gründen keine Kursfeststellung oder Kursveröffentlichung für den Basiswert stattfindet, sieht § 8 der Anleihebedingungen entsprechende Regelungen vor. Erforderlichenfalls verschiebt sich der jeweilige Zinszahlungstag und gegebenenfalls der Rückzahlungstag bzw. Vorzeitige Rückzahlungstag, ohne dass aufgrund dieser Verschiebung zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen zu leisten sind.

4. Bedingungen für das Angebot

Bedingungen

Die Gesamtsumme der Emission wird auf dem Deckblatt der Endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Schuldverschreibungen werden vom 1. März 2010 bis zum 26. März 2010, 14.00 Uhr, zur Zeichnung angeboten. Ein Höchstbetrag für die Zeichnung besteht nicht. Zu beachten ist allerdings die Stückelung der Schuldverschreibungen zum Nennbetrag von je Euro 1.000.

Die Emittentin behält sich vor, die Zeichnungsfrist vorzeitig zu beenden, wenn entweder Zeichnungen in Höhe des Gesamtvolumens der Anleihe vorliegen, oder wenn sich das Marktumfeld während der Zeichnungsfrist gravierend verändert.

Am Emissionstag werden die Schuldverschreibungen über das Clearing-System der CBF auf das Konto der das Anlegerdepot führenden Bank übertragen.

Preisfestsetzung

Der Ausgabepreis für die Schuldverschreibungen während der Zeichnung entspricht 101,00 % des Nennbetrags, d.h. es besteht ein Ausgabeaufschlag in Höhe von 1,00 %.

Der Ausgabepreis bzw. der Verkaufspreis spiegelt den „fairen Wert“ der Schuldverschreibungen im Zeitpunkt der Begebung, unter Berücksichtigung der Strukturierungsgebühr und gegebenenfalls sonstiger Entgelte, sowie des Ausgabeaufschlags wider.

Der „faire Wert“ der Schuldverschreibungen wird auf Basis des von der Emittentin jeweils verwendeten Preisfindungsmodells berechnet und hängt dabei neben dem Wert des Basiswerts auch von anderen veränderlichen Parametern ab. Zu den anderen Parametern können unter anderem derivative Komponenten, Zinssätze, die Volatilität des Basiswerts und die Angebots- und Nachfragesituation für Absicherungsinstrumente (so genannte „Hedging-Instrumente“) gehören. Die Preisfindungsmodelle werden von der Emittentin nach deren eigenem Ermessen festgesetzt und können von Preisfindungsmodellen abweichen, die andere Emittentinnen für die Berechnung vergleichbarer Wertpapiere heranziehen.

Bei der Kalkulation ihrer Strukturierungsgebühr berücksichtigt die Emittentin neben Ertragsgesichtspunkten unter anderem auch Kosten für die Risikoabsicherung und Risikonahme, die Strukturierung und den Vertrieb der Schuldverschreibungen sowie gegebenenfalls Lizenzgebühren. In der Strukturierungsgebühr können auch Kosten und Provisionen enthalten sein, die im Zusammenhang mit Leistungen bei einer Platzierung der Schuldverschreibungen an Dritte gezahlt werden. Die Strukturierungsgebühr wird von der Emittentin nach ihrem eigenen Ermessen festgesetzt und kann von Strukturierungsgebühren abweichen, die andere Emittentinnen bei vergleichbaren Wertpapieren vereinnahmen.

Gegebenenfalls erhobene sonstige Entgelte oder Verwaltungsvergütungen können außer für die Abdeckung eigener Kosten auch dazu verwendet werden, Kosten für Aufwendungen zu decken, die die Emittentin für Leistungen Dritter aufzuwenden hat. Daneben spielen auch hier Ertragsgesichtspunkte eine Rolle.

Die Emittentin gewährt den Vertriebspartnern für die Schuldverschreibungen während der Zeichnungsfrist eine Vertriebsbonifikation in Höhe von 2 % des Nennbetrags. Diese ist im Preis der Schuldverschreibungen enthalten. Weitere Informationen sind bei dem jeweiligen Vertriebspartner erhältlich.

Platzierung

Die Schuldverschreibungen können bei allen Banken und Sparkassen bezogen werden. Neben dem außerbörslichen Erwerb sind auch Zeichnungen über die Börse Stuttgart möglich.

Als Zahlstelle fungiert die Bayerische Landesbank, Brienner Straße 18, D-80333 München. Für die Schuldverschreibungen wird es keine Zahlstelle außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geben.

5. Zulassung zum Handel

Eine Zulassung der Schuldverschreibungen zum regulierten Markt ist nicht beabsichtigt.

Die Einführung in den Freiverkehr an der Börse Stuttgart und an der Börse München ab 9. April 2010 wird beantragt. Die Bayerische Landesbank beabsichtigt aber, schon vor der Einführung der Schuldverschreibungen in den Freiverkehr börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Schuldverschreibungen anzukaufen.

III. Anleihebedingungen

§ 1

(Form und Nennbetrag)

- (1) Die Anleihe der Bayerischen Landesbank (nachstehend die „Emittentin“ genannt) im Gesamtnennbetrag von Euro 50.000.000 (in Worten Euro fünfzig Millionen) ist eingeteilt in

50.000 Schuldverschreibungen im Nennbetrag von je Euro 1.000,

(die „Schuldverschreibungen“), die jeweils auf den Inhaber lauten und untereinander gleichberechtigt sind.
- (2) Die Schuldverschreibungen sind für ihre gesamte Laufzeit durch eine Globalurkunde ohne Zinsscheine (die „Globalurkunde“) verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main (nachstehend „CBF“ genannt), hinterlegt ist. Ein Anspruch der Inhaber der Schuldverschreibungen (die „Anleihegläubiger“) auf Ausdruck und Auslieferung effektiver Schuldverschreibungen und Zinsscheine ist ausgeschlossen. Den Anleihegläubigern stehen Miteigentumsanteile an der Globalurkunde zu, die gemäß den Bestimmungen und Regeln der CBF und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland der Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg, und der Euroclear Bank S.A./N.V., Brüssel, übertragen werden können. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Zeichnungsberechtigten der Emittentin.

§ 2

(Anleiherecht)

- (1) Jede Schuldverschreibung gewährt ihrem Inhaber das in § 6 festgelegte Recht, von der Emittentin am Rückzahlungstag bzw. am Vorzeitigen Rückzahlungstag entsprechend § 5 die Rückzahlung der Schuldverschreibungen oder die Lieferung des Basiswerts zu verlangen sowie gegebenenfalls einen Anspruch auf Zahlung eines sich nach § 4 errechnenden Zinsbetrags an dem jeweiligen Zinszahlungstag (das „Anleiherecht“).
- (2) Die Schuldverschreibungen sind für die Emittentin, vorbehaltlich einer außerordentlichen Kündigung der Emittentin nach § 7 und für die Anleihegläubiger unkündbar.
- (3) Sofern es die Emittentin, gleich aus welchem Grund unterlässt, die Rückzahlung bzw. die Lieferung des Basiswerts am Rückzahlungstag oder am Vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 oder die Verzinsung am jeweiligen Zinszahlungstag in voller Höhe an die CBF zu erbringen, wird der nicht termingerecht gezahlte Betrag oder der Gegenwert des Basiswerts zum Zeitpunkt der Fälligkeit ab Fälligkeit zum gesetzlichen Zinssatz so lange verzinst, bis die betreffende Zahlung oder Lieferung an die CBF erfolgt ist, soweit gesetzlich oder in den Anleihebedingungen nichts anderes vorgesehen ist.
- (4) Bei Käufen und Verkäufen von Schuldverschreibungen während der Laufzeit werden keine Stückzinsen berechnet oder bezahlt.

§ 3

(Definitionen)

- (1) Es gelten für die Schuldverschreibungen die nachfolgenden allgemeinen Definitionen:

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem das Abwicklungssystem TARGET2 betriebsbereit ist.

„Rückzahlungstag“ ist, vorbehaltlich einer Rückzahlung am Vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 Absatz (4) oder einer Verschiebung im Fall einer Marktstörung gemäß § 8 Absatz (1), der 2. April 2012.

„Vorzeitiger Rückzahlungstag“ ist, vorbehaltlich einer Verschiebung im Fall einer Marktstörung gemäß § 8 Absatz (1), der Tag, an dem eine Rückzahlung vor dem Rückzahlungstag erfolgt und der gemäß § 5 Absatz (4) festgelegt wird.

„Zinsbetrag“ ist 3,40 % des Nennbetrags.

„Zinszahlungstag“ ist, vorbehaltlich einer Verschiebung im Fall einer Marktstörung gemäß § 8 Absatz (1), jeder der folgenden Tage, sofern er nicht nach dem Vorzeitigen Rückzahlungstag liegt:

1. Juli 2010,
1. Oktober 2010,
3. Januar 2011,
31. März 2011,
1. Juli 2011,
3. Oktober 2011,
2. Januar 2012,
2. April 2012.

- (2) Es gelten im Hinblick auf den Basiswert der Schuldverschreibungen die folgenden besonderen Definitionen:

„Aktie“ bezeichnet die in der Tabelle unter „Referenzwert“ aufgeführte Aktie.

„Aktiengesellschaft“ bezeichnet die Aktiengesellschaft, deren Aktie Referenzwert ist.

„Basiswert“ ist der Referenzwert.

„Börsengeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem für den Referenzwert an der Maßgeblichen Börse und der Maßgeblichen Terminbörse ein Börsenhandel stattfindet.

„Feststellungskurs“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 7 oder der Ermittlung eines Ersatzpreises gemäß § 8 Absatz (2), der Schlusskurs der Aktie im Maßgeblichen Handelssystem an der Maßgeblichen Börse am jeweiligen Feststellungstag.

„Feststellungstag“ ist, vorbehaltlich einer Verschiebung im Fall einer Marktstörung gemäß § 8 Absatz (1), jeder der folgenden Tage, sofern er nicht nach dem Vorzeitigen Rückzahlungstag liegt:

24. Juni 2010,
24. September 2010,
27. Dezember 2010,
24. März 2011,
24. Juni 2011,
26. September 2011,
27. Dezember 2011,
26. März 2012 („letzter Feststellungstag“)

Falls der jeweilige Feststellungstag kein Börsengeschäftstag ist, verschiebt sich der Feststellungstag auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag, der Börsengeschäftstag ist.

„Kuponschwelle“ ist 70 % des Startkurses.

„Maßgebliche Börse“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 7, die in der Tabelle unter „Referenzwert“ für die Aktie bestimmte Maßgebliche Börse.

„Maßgebliches Handelssystem“ ist das in der Tabelle unter „Referenzwert“ für die Aktie bestimmte Handelssystem. Sofern dieses nicht angegeben ist, kommt es alleine auf die Maßgebliche Börse an.

„Maßgebliche Terminbörse“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 7, die in der Tabelle unter „Referenzwert“ für die Aktie bestimmte Terminbörse.

„Referenzwert“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 7 die folgende Aktie (auch die „Aktie“):

Aktie	Kennnummer (ISIN)	Maßgebliche Börse / Maßgebliches Handelssystem	Maßgebliche Terminbörse
Deutsche Bank AG	DE0005140008	Xetra	Eurex

„Startkurs“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 7 oder der Ermittlung eines Ersatzpreises gemäß § 8 Absatz (2), den am Starttag im Maßgeblichen Handelssystem an der Maßgeblichen Börse festgestellten Schlusskurs der Aktie. Der Startkurs wird unverzüglich nach seiner Feststellung nach § 10 veröffentlicht.

„Starttag“ ist, vorbehaltlich einer Verschiebung im Fall einer Marktstörung gemäß § 8 Absatz (1), der 31. März 2010. Falls der Starttag kein Börsengeschäftstag ist, verschiebt sich der Starttag auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag, der Börsengeschäftstag ist.

„Tilgungsschwelle“ ist 100 % des Startkurses.

§ 4 (Verzinsung)

Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag zum jeweiligen Zinszahlungstag wie folgt verzinst:

Wenn an einem Feststellungstag der Feststellungskurs des Basiswerts auf oder über der Kuponschwelle liegt, erfolgt an dem auf den jeweiligen Feststellungstag folgenden Zinszahlungstag eine Zinszahlung in Höhe des Zinsbetrags. Andernfalls entfällt an dem betreffenden Zinszahlungstag die Verzinsung. Falls eine vorzeitige Rückzahlung gemäß § 5 Absatz (4) erfolgt, findet am Vorzeitigen Rückzahlungstag die letzte Zinszahlung statt.

§ 5 (Rückzahlung, physische Lieferung, Vorzeitige Rückzahlung)

- (1) Die Schuldverschreibungen werden vorbehaltlich von Absatz (4) am Rückzahlungstag gemäß Absatz (2) zum Rückzahlungsbetrag von der Emittentin an die Anleihegläubiger zurückgezahlt oder gemäß Absatz (3) durch Lieferung des Basiswerts und eines Ausgleichsbetrags getilgt.
- (2) Wenn am letzten Feststellungstag der Feststellungskurs des Basiswerts auf oder über der Kuponschwelle liegt, entspricht der Rückzahlungsbetrag dem Nennbetrag.
- (3) Wenn am letzten Feststellungstag der Feststellungskurs des Basiswerts unter der Kuponschwelle liegt, so erfolgt die Rückzahlung der Schuldverschreibungen am Rückzahlungstag anstelle der Zahlung des Nennbetrags durch Lieferung des Basiswerts („physische Lieferung“). Je Schuldverschreibung im Nennbetrag von Euro 1.000 wird eine

dem Nennbetrag dividiert durch den Startkurs entsprechende Anzahl von Aktien geliefert, wobei keine Bruchteile von Aktien geliefert werden, sondern auftretende Spitzenbeträge in Geld ausgeglichen werden. Die Berechnung von Ausgleichsbeträgen erfolgt bezogen auf eine Schuldverschreibung und wird kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet. Hält ein Anleihegläubiger mehrere Schuldverschreibungen, erfolgt keine Zusammenlegung von Ausgleichsbeträgen in der Art und Weise, dass dafür eine höhere Anzahl von Aktien angedient wird.

- (4) Wenn an einem Feststellungstag vor dem letzten Feststellungstag der Feststellungskurs des Basiswerts auf oder über der Tilgungsschwelle liegt, werden die Schuldverschreibungen am auf diesen Feststellungstag folgenden Zinszahlungstag („Vorzeitiger Rückzahlungstag“) zum Nennbetrag zurückgezahlt.

§ 6

(Zahlungen, Lieferungen)

- (1) Die Emittentin verpflichtet sich, alle Zahlungen auf die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit in Euro über die CBF zu leisten. Vorbehaltlich von Absatz (3) erfolgt die Zahlung des Rückzahlungsbetrags bzw. die Lieferung des Basiswerts und die Zahlung des Ausgleichsbetrags am Rückzahlungstag bzw. Vorzeitigen Rückzahlungstag und des Zinsbetrags am jeweiligen Zinszahlungstag.
- (2) Zahlungen oder Lieferungen an die CBF befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlung oder Lieferung von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Anleihegläubigern.
- (3) Wenn der jeweilige Zinszahlungstag oder der Rückzahlungstag bzw. Vorzeitige Rückzahlungstag kein Bankgeschäftstag ist, so erfolgt die Zahlung oder Lieferung am nächsten darauffolgenden Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen besteht.
- (4) Sofern die Schuldverschreibungen durch Lieferung des Basiswerts getilgt werden und nach dem Feststellungstag eine Dividendenzahlung bezüglich der zu liefernden Aktien erfolgt, steht die Dividende dem Anleihegläubiger zu. Sofern ein Bezugsrecht gewährt wird und der erste Handelstag dieses Rechts auf einen Tag nach dem Feststellungstag fällt, steht es dem Anleihegläubiger zu.
- (5) Ist die Lieferung des Basiswerts für die Emittentin tatsächlich oder rechtlich unmöglich, ist die Emittentin berechtigt, anstelle der Lieferung des Basiswerts einen Ausgleichsbetrag je Schuldverschreibung zu zahlen, der dem Feststellungskurs des Basiswerts multipliziert mit dem Nennbetrag und dividiert durch den Startkurs entspricht. Der Ausgleichsbetrag wird auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet.

§ 7

(Anpassungen, Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Emittentin)

- (1) Im Falle des Eintretens einer der nachfolgend beschriebenen Maßnahmen oder Vorgänge in dem Basiswert (im Folgenden auch „Anpassungsereignis“ genannt):
 - (a) Kapitalerhöhung durch Ausgabe neuer Aktien gegen Einlagen unter Gewährung eines Bezugsrechts, Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, Ausgabe von Wertpapieren mit Options- oder Wandelrechten auf Aktien, Ausschüttung von Sonderdividenden, Aktiensplit, Teilung, Zusammenlegung oder Gattungsänderung der Aktien des Basiswerts,
 - (b) Ausgliederung eines Unternehmensteils der Gesellschaft in der Weise, daß ein neues selbständiges Unternehmen entsteht, oder der Unternehmensteil von einem dritten Unternehmen aufgenommen wird,

- (c) endgültige Einstellung des Börsenhandels in der Aktie aufgrund einer Verschmelzung durch Aufnahme oder Neugründung oder aus einem sonstigen Grund oder
- (d) aus einem anderen sonstigen wichtigen Grund, der in seinen Auswirkungen den genannten Gründen wirtschaftlich vergleichbar ist, insbesondere einen verwässernden oder werterhöhenden Einfluß auf den theoretischen, inneren Wert der Aktie hat,

wird die Emittentin das Anleiherecht in der Weise anpassen, in der an der Maßgeblichen Terminbörse entsprechende Anpassungen für dort gehandelte Optionskontrakte auf die Aktie erfolgen, sofern der Stichtag für das Anpassungsereignis vor dem letzten Feststellungstag liegt bzw. auf diesen fällt. "Stichtag" ist der erste Handelstag an der Maßgeblichen Terminbörse, an dem die Optionskontrakte unter Berücksichtigung der Anpassung gehandelt werden. Sollte dies nicht möglich oder unpraktikabel sein, wird die Emittentin – ggf. nach Beratung mit einem von der Emittentin zu bestimmenden unabhängigen Sachverständigen - Anpassungsmaßnahmen im billigen Ermessen gemäß § 315 BGB vornehmen.

- (2) Die in Absatz (1) genannte Aufzählung ist nicht abschließend. Entscheidend ist, ob sich die Maßgebliche Terminbörse zu einer Anpassung des Basispreises, der Kontraktgröße, des Basiswerts oder der Bezugnahme der für die Bestimmung des Kurses der Aktien Maßgeblichen Börse veranlaßt sieht. Entstehen in diesem Falle Zweifelsfragen bei der Anwendung der Anpassungsregeln der Maßgeblichen Terminbörse, so entscheidet die Emittentin über diese Fragen – ggf. nach Beratung mit einem von der Emittentin zu bestimmenden unabhängigen Sachverständigen – nach ihrem billigen Ermessen. Die Emittentin wird sich dabei – soweit rechtlich und tatsächlich möglich – um die wirtschaftliche Gleichstellung des Gläubigers vor und nach dem Anpassungsereignis bemühen.
- (3) Die Emittentin ist berechtigt, von den durch die Maßgebliche Terminbörse vorgenommenen Anpassungen abzuweichen, sofern sie dies für erforderlich hält. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen nach den Absätzen (1)(b) und (c). Unabhängig davon, ob und welche Anpassungen zu welchem Zeitpunkt an der Maßgeblichen Terminbörse erfolgen, kann die Emittentin Anpassungen vornehmen, die dem Ziel dienen, die Anleihegläubiger wirtschaftlich soweit wie möglich so zu stellen, wie sie vor den Maßnahmen nach Absatz (1) standen. Derartige Anpassungen können sich insbesondere auf den Startkurs und die Prozentsätze zur Ermittlung der Kuponschwelle und der Tilgungsschwelle sowie darauf beziehen, daß gegebenenfalls eine andere Börse als neue Maßgebliche Börse bzw. Maßgebliche Terminbörse bestimmt wird.
- (4) Fällt der nach Maßgabe von Absatz (1) zu bestimmende Stichtag in den Zeitraum zwischen dem letzten Feststellungstag und dem Rückzahlungstag, erfolgt nur eine Anpassung der Anzahl der dem Anleihegläubiger gegebenenfalls anzudienenden Aktien.
- (5) Bruchteile von Aktien werden nicht geliefert. Auftretende Spitzenbeträge werden nach § 5 Absatz (3) in Geld ausgeglichen.
- (6) Ist nach Ansicht der Emittentin eine sachgerechte Anpassung, aus welchen Gründen auch immer, nicht möglich, ist die Emittentin berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Schuldverschreibungen vorzeitig durch Bekanntmachung gemäß § 10 unter Angabe des nachstehend definierten Kündigungsbetrags zu kündigen. Die Kündigung wird wirksam mit dem Zeitpunkt der Bekanntmachung gemäß § 10 (der „Kündigungstag“). Im Falle einer Kündigung zahlt die Emittentin an jeden Anleihegläubiger innerhalb von acht Bankgeschäftstagen nach dem Kündigungstag einen Betrag je Schuldverschreibung (der „Kündigungsbetrag“), der von der Emittentin nach billigem Ermessen – ggf. unter Heranziehung eines unabhängigen Sachverständigen – gemäß § 315 BGB als angemessener Marktpreis einer Schuldverschreibung berechnet wird. Die Rechte aus diesen Schuldverschreibungen erlöschen mit Zahlung des Kündigungsbetrags.
- (7) Anpassungen und Festlegungen nach den vorstehenden Absätzen werden durch die Emittentin gemäß § 315 BGB im billigen Ermessen vorgenommen und sind, sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt, für alle Beteiligten bindend. Die Emittentin haftet dafür, daß sie im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen Festlegungen und Anpassungen

vornimmt, nicht vornimmt oder sonstige Maßnahmen trifft oder unterläßt, nur, wenn und soweit sie die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verletzt hat. Die Anpassungen und Festlegungen sowie der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens werden durch die Emittentin nach § 10 bekanntgemacht.

§ 8 (Marktstörung)

- (1) Wenn nach Auffassung der Emittentin am Starttag bzw. am jeweiligen Feststellungstag an dem für die Feststellung des Startkurses bzw. Feststellungskurses relevanten Zeitpunkt bzw. innerhalb einer Stunde davor eine Marktstörung gemäß Absatz (3) eintritt oder vorliegt oder aus anderen Gründen keine Kursfeststellung oder Kursveröffentlichung für den Referenzwert stattfindet, so gilt als Starttag bzw. als Feststellungstag der nächstfolgende Börsengeschäftstag, an dem keine Marktstörung mehr vorliegt. Bei einer Verschiebung eines Feststellungstags verschiebt sich gegebenenfalls der darauffolgende Zinszahlungstag und gegebenenfalls der Rückzahlungstag bzw. Vorzeitige Rückzahlungstag entsprechend, ohne dass aufgrund dieser Verschiebung Zinsen oder sonstige Zahlungen zu leisten sind.
- (2) Wenn der Starttag bzw. der jeweilige Feststellungstag aufgrund der Bestimmungen von Absatz (1) um acht Bankgeschäftstage verschoben worden ist und auch an diesem Tag die Marktstörung fortbesteht, wird die Emittentin einen „Ersatzpreis“ für den Referenzwert ermitteln.

„Ersatzpreis“ ist der von der Emittentin nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB, unter Berücksichtigung der an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten – ggf. unter Hinzuziehung eines unabhängigen Sachverständigen – bestimmte Preis des Referenzwerts.

- (3) Eine „Marktstörung“ bedeutet die vorübergehende Suspendierung oder wesentliche Einschränkung des Handels
 - (i) an der Maßgeblichen Börse allgemein oder
 - (ii) der Aktie an der Maßgeblichen Börse oder
 - (iii) in einem Termin- oder Optionskontrakt in Bezug auf die Aktie an der Maßgeblichen Terminbörse,

sofern diese Aussetzung oder Einschränkung nach billigem Ermessen der Emittentin für die Bewertung der Schuldverschreibungen bzw. für die Erfüllung der Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen durch die Emittentin wesentlich ist. Eine Beschränkung der Stunden oder Anzahl der Tage, an denen ein Handel stattfindet, gilt nicht als Marktstörung, sofern die Einschränkung auf einer vorher angekündigten Änderung der betreffenden Börse beruht.

§ 9 (Status)

Die Schuldverschreibungen stellen unmittelbare, unbedingte, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin dar und haben den gleichen Rang wie alle anderen unbesicherten, nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die aufgrund Gesetzes Vorrang genießen.

§ 10 (Bekanntmachungen)

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen werden im elektronischen Bundesanzeiger und, soweit gesetzlich vorgeschrieben, in einem deutschen Börsenpflichtblatt, oder, falls dies nicht möglich oder unpraktikabel sein sollte, auf eine andere von der Emittentin als geeignet angesehene Weise veröffentlicht.

§ 11

(Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf)

- (1) Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Schuldverschreibungen“ umfasst im Falle einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.
- (2) Die Emittentin hat jederzeit während der Laufzeit der Schuldverschreibungen das Recht, nicht jedoch die Verpflichtung, Schuldverschreibungen zurückzukaufen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, die Anleihegläubiger davon zu unterrichten. Die zurück erworbenen Schuldverschreibungen können entwertet, gehalten, weiterveräußert oder von der Emittentin in anderer Weise verwendet werden.

§ 12

(Schlussbestimmungen)

- (1) Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie sämtliche Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Sollte eine der Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen wirksam. Unwirksame Bestimmungen sollen in Übereinstimmung mit Sinn und Zweck dieser Anleihebedingungen ersetzt werden.
- (3) Die Emittentin ist berechtigt, in diesen Anleihebedingungen (i) offensichtliche Schreib- oder Rechenfehler oder ähnliche offenbare Unrichtigkeiten sowie (ii) widersprüchliche oder lückenhafte Bestimmungen ohne Zustimmung der Anleihegläubiger zu berichtigen bzw. zu ergänzen, wobei in den unter (ii) genannten Fällen nur solche Berichtigungen bzw. Ergänzungen zulässig sind, die unter Berücksichtigung der Interessen der Emittentin für die Anleihegläubiger zumutbar sind, das heißt deren finanzielle Situation nicht wesentlich erschweren.
- (4) Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.
- (5) Gerichtsstand ist München.

IV. Besteuerung

Dieser Abschnitt stellt eine Zusammenfassung bestimmter steuerlicher Vorschriften in der Europäischen Union sowie der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und des Großherzogtums Luxemburg dar. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit der Informationen, die für eine Kaufentscheidung hinsichtlich der Schuldverschreibungen notwendig sein könnten. Die Zusammenfassung basiert auf den zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Prospektes geltenden steuerlichen Vorschriften in der Bundesrepublik Deutschland, in der Republik Österreich und im Großherzogtum Luxemburg und berücksichtigt nicht ggf. anstehende Gesetzesänderungen. Diese Darstellung erhebt nicht den Anspruch, alle steuerlichen Aspekte zu erfassen und geht auch nicht auf die individuelle steuerliche Situation des einzelnen Anlegers ein.

1. EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie

Am 3. Juni 2003 hat der Europäische Rat sich auf den endgültigen Wortlaut der Richtlinie zur Besteuerung von Zinseinkünften geeinigt (EU-Zinsrichtlinie). Hiernach muss jeder EU-Mitgliedsstaat die jeweils ansässigen Zahlstellen im Sinne der Zinsrichtlinie dazu verpflichten, den zuständigen Behörden des jeweiligen EU-Mitgliedsstaates Details im Hinblick auf Zinszahlungen an in einem anderen EU-Mitgliedsstaat ansässige natürliche Person als wirtschaftlichen Eigentümer der Zinsen mitzuteilen. Die zuständige Behörde des jeweiligen EU-Mitgliedsstaates, in dem die Zahlstelle im Sinne der Zinsrichtlinie ansässig ist, ist verpflichtet, diese Informationen den zuständigen Behörden desjenigen EU-Mitgliedsstaates mitzuteilen, in dem der wirtschaftliche Eigentümer der Zinsen ansässig ist.

Für einen Übergangszeitraum haben Österreich, Belgien und Luxemburg statt des Informationsaustausches zu einem Quellensteuerabzug auf Zinszahlungen im Sinne der Zinsrichtlinie optiert. Hiernach werden in den ersten drei Jahren ab dem erstmaligen Anwendungszeitpunkt der Zinsrichtlinie 15 %, für die darauf folgenden 3 Jahre 20 % und ab dem siebten Jahr 35 % als Quellensteuer einbehalten. Analoge Regelungen gelten u.a. in der Schweiz und in Liechtenstein.

In seiner Sitzung am 7. Juni 2005 hat der Rat der Europäischen Union zugestimmt, dass die Regelungen, die zur Implementierung der EU-Zinsrichtlinie erlassen wurden, von den jeweiligen Mitgliedsstaaten ab dem 1. Juli 2005 angewendet werden sollen.

2. Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Die auf die Schuldverschreibungen gezahlten Kapitalerträge unterliegen bei einer Zahlung an in Deutschland unbeschränkt einkommen- bzw. körperschaftsteuerpflichtige Personen grundsätzlich der deutschen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag und – falls die Schuldverschreibungen im Rahmen einer in Deutschland belegenen Betriebsstätte gehalten werden – auch der Gewerbesteuer. In Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind insbesondere Personen, deren Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 wurde eine sog. Abgeltungsteuer eingeführt, wodurch Kapitalerträge mit einem einheitlichen Steuersatz in Höhe von 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % und ggf. Kirchensteuer besteuert werden (Unternehmensteuerreformgesetz 2008). Von der Abgeltungsteuer erfasst werden auch Veräußerungsgewinne und Gewinne aus Termingeschäften. Das sog. Halbeinkünfteverfahren für Aktien wurde abgeschafft; ebenso wie die bisher für Veräußerungsgeschäfte geltende Haltefrist von einem Jahr.

Besteuerung von im Privatvermögen gehaltenen Schuldverschreibungen

Sofern die Schuldverschreibungen im Privatvermögen eines in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt Steuerpflichtigen gehalten werden, sind laufende Kapitalerträge sowie Erträge aus einer Einlösung oder Veräußerung der Schuldverschreibungen zu versteuern (Kapitalerträge nach § 20 Einkommensteuergesetz).

Erfolgt der Zufluss der Kapitalerträge aus laufenden Erträgen sowie aus einer Einlösung oder Veräußerung der Schuldverschreibungen, so unterliegen diese Erträge der Kapitalertragsteuer (Abgeltungsteuer) durch die auszahlende Stelle:

Im Falle der Veräußerung der Schuldverschreibungen oder Einlösung zum Nennwert ist Bemessungsgrundlage der Unterschied zwischen den Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung nach Abzug der Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit dem Veräußerungsgeschäft stehen, wenn die Schuldverschreibungen von der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle erworben oder veräußert und seitdem verwahrt oder verwaltet worden sind, und den Anschaffungskosten. Erfolgt eine Rückzahlung in Aktien so führt erst die spätere Veräußerung der Aktien zur Besteuerung. Als Anschaffungskosten gelten die Anschaffungskosten der Schuldverschreibungen. Ein etwaiger Verlust ist nur mit Gewinnen aus Aktienverkäufen verrechenbar.

Können die Anschaffungskosten nicht nachgewiesen werden, sind 30% der Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung Bemessungsgrundlage für die Berechnung des Kapitalertragsteuerabzugs. Diese pauschale Bemessungsgrundlage kann im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung durch die tatsächliche Bemessungsgrundlage ersetzt werden.

Der Kapitalertragsteuersatz beträgt 26,375 % (einschließlich Solidaritätszuschlag, gegebenenfalls zuzüglich Kirchensteuer).

Als auszahlende Stelle kommen ab 2009 auch inländische Wertpapierhandelsunternehmen und inländische Wertpapierhandelsbanken in Betracht.

Die Einkommensteuer ist hinsichtlich dieser Einkünfte mit Abführung der Kapitalertragsteuer grundsätzlich abgegolten (so genannte Abgeltungsteuer). Die im Zusammenhang mit Kapitaleinkünften stehenden tatsächlichen Werbungskosten, die nach dem 31. Dezember 2008 entstehen, finden keine steuerliche Berücksichtigung. Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen wird bei Vorlage eines Freistellungsauftrages von den Einnahmen nur ein Sparer-Pauschbetrag in Höhe von bis zu EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehegatten) als Werbungskosten abgezogen. Legt der Anleger eine Nichtveranlagungsbescheinigung vor, ist ebenfalls eine Abstandnahme vom Steuerabzug durch die auszahlende Stelle zu berücksichtigen. Einkünfte aus Kapitalvermögen können im Rahmen der Steuererklärung angegeben werden, wenn es sich um Sachverhalte des § 32d Abs. 2 bis 6 EStG handelt; z.B. ein noch nicht ausgeschöpfter Sparerpauschbetrag, ein noch nicht berücksichtigter Verlust bzw. eine pauschale Bemessungsgrundlage. Verluste werden grundsätzlich innerhalb der Einkunftsart 'Einkünfte aus Kapitalvermögen' von der auszahlenden Stelle verrechnet. Liegt der auszahlenden Stelle bis zum 15.12. des laufenden Jahres kein Antrag auf Verlustbescheinigung vor, werden die Verluste in das nächste Jahr vorgetragen. Sie dürfen nicht mehr mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen bzw. davon abgezogen werden. Wird eine Verlustbescheinigung beantragt, ist die Berücksichtigung der Verluste dann im Rahmen der Steuerveranlagung vorzunehmen.

Liegt der persönliche Steuersatz des Anlegers unter dem Abgeltungsteuersatz kann auf Antrag des Steuerpflichtigen von der Finanzverwaltung im Rahmen der Steuererklärung die tarifliche Einkommensteuer berechnet werden (Günstigerprüfung). Der Antrag kann für den jeweiligen Veranlagungszeitraum nur einheitlich für sämtliche Kapitalerträge gestellt werden. Über die einbehaltenen Steuerbeträge, die Höhe der noch nicht ausgeglichenen Verluste und die ausländische Quellensteuer ist dem Anleger eine Steuerbescheinigung nach amtlichem Muster auszustellen.

Besteuerung der im Betriebsvermögen gehaltenen Schuldverschreibungen

Im Falle von Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften oder natürlichen Personen, die die Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen halten, gilt, dass laufende Kapitalerträge und Gewinne aus einer Veräußerung oder Einlösung der Schuldverschreibungen der Körperschaftsteuer bzw. Einkommensteuer (jeweils zuzüglich Solidaritätszuschlag) und, soweit anwendbar, der Gewerbesteuer unterliegen. Bei Auszahlung abgezogene Kapitalertragsteuer sowie der Solidaritätszuschlag können angerechnet werden. Die besonderen Regelungen zur Abgeltungsteuer finden keine Anwendung.

Nicht in Deutschland steuerlich ansässige Anleger

Natürliche Personen und Kapitalgesellschaften, die in Deutschland steuerlich nicht ansässig und somit nicht unbeschränkt einkommen- bzw. körperschaftsteuerpflichtig sind, unterliegen – von Ausnahmetatbeständen abgesehen - mit ihren Erträgen aus den Schuldverschreibungen nicht der deutschen Einkommen- und Körperschaftsteuer und der deutschen Kapitalertragsteuer zzgl. des Solidaritätszuschlages.

Wir weisen darauf hin, dass vom 1. Juli 2005 an eine Auskunftserteilung nach der Zinsinformationsverordnung –ZIV- (Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen) bei Zinszahlungen an wirtschaftliche Eigentümer, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft haben, an das Bundesamt für Finanzen zum Zwecke des Informationsaustausches zu erfolgen hat. Als wirtschaftliche Eigentümer im Sinne der Verordnung (§ 2 ZIV) gilt, von Ausnahmetatbeständen abgesehen, jede natürliche Person, die eine Zinszahlung vereinnahmt oder zu deren Gunsten eine Zinszahlung erfolgt. Das Bundesamt für Finanzen leitet diese Auskünfte an die zuständige Landesverwaltung im Ansässigkeitsstaat des Empfängers weiter. Die Auskunftserteilung umfasst folgende Angaben: Identität und Wohnsitz des Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, Kennzeichnung der Forderung aus der die Zinsen herrühren sowie den Gesamtbetrag der Zinsen oder Erträge und den Gesamtbetrag des Erlöses aus der Abtretung, Rückzahlung oder Einlösung.

3. Besteuerung in der Republik Österreich

Die auf die Schuldverschreibungen gezahlten Kapitalerträge unterliegen bei einer Zahlung an eine in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche oder juristische Person grundsätzlich der österreichischen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer.

Qualifikation als Anteil an einem ausländischen Investmentfonds

Die Schuldverschreibungen sind nicht als Anteile an einem ausländischen Investmentfonds nach § 42 InvFG anzusehen. Dieses Ergebnis ist daraus abzuleiten, dass das Konzept des ausländischen Investmentfonds gegen das Vorliegen einer Risikostreuung und somit gegen die Qualifikation der Schuldverschreibungen als Anteile an einem ausländischen Investmentfonds spricht. Die Schuldverschreibungen sind daher aus ertragsteuerlicher Sicht als Forderungswertpapiere zu qualifizieren.

Besteuerung im Privatvermögen natürlicher Personen

Laufende Zinsen

Die laufenden Zinsen aus den Schuldverschreibungen führen bei einer natürlichen Person im Privatvermögen zu einkommensteuerpflichtigen Kapitalerträgen nach § 27 Abs. 1 Z 4 EStG. Hinsichtlich der steuerlichen Behandlung ist zwischen der Verwahrung auf einem österreichischen Depot und einer Auslandsverwahrung zu unterscheiden:

Bei einer Verwahrung auf einem österreichischen Depot (Inlandsverwahrung) unterliegen laufende Zinszahlungen durch das österreichische kuponauszahlende Kreditinstitut der Kapitalertragsteuer von 25% (§ 93 Abs. 1 und Abs. 2 EStG) und der Endbesteuerung (§ 97 Abs. 1 EStG). Dieses Ergebnis ist daraus abzuleiten, dass die Voraussetzungen eines öffentlichen Angebots in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht nach § 97 Abs. 1 EStG gegeben sind. Bei einer Auslandsverwahrung sind laufende Zinsen im Rahmen der persönlichen Einkommensteuererklärung anzugeben. Darauf ist der besondere Steuersatz von 25% anzuwenden, der ebenso mit der Endbesteuerungswirkung für einkommensteuerliche Zwecke verbunden ist (§ 37 Abs. 8, § 97 Abs. 1 EStG).

Sofern der Anleger – hinsichtlich des gesamten Einkommens – nach Maßgabe der progressiven Steuersätze des § 33 Abs. 1 EStG zu einem niedrigeren als dem linearen Steuersatz von 25% besteuert wird, kann die Option auf die Besteuerung nach dem Normalsteuersatz (progressiver Tarif nach § 33 Abs. 1 EStG) ausgeübt werden (§ 97 Abs. 4 EStG). In diesem Fall sind laufende Zinsen – zusammen mit anderen endbesteuerungsfähigen Kapitalerträgen – im Rahmen der persönlichen Steuererklärung des Anlegers anzugeben. Die einbehaltene Kapitalertragsteuer wird auf die zu erhebende Einkommensteuer angerechnet und mit dem übersteigenden Betrag dem Anleger erstattet.

Im Zusammenhang mit dem Erwerb der Schuldverschreibungen angefallene Werbungskosten dürfen nicht abgezogen werden (§ 20 Abs. 2 EStG).

Rückzahlung der Schuldverschreibungen

Insoweit am Ende der Laufzeit ein Verlust aus der Einlösung der Schuldverschreibungen entsteht, sind darauf die Grundsätze über die Besteuerung von Schuldverschreibungen anzuwenden. Gemäß Randzahl 6198 EStR 2000 ist der negative Unterschiedsbetrag in Höhe der Kuponzinsen als rückgängig gemachter Kapitalertrag (negative Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 27 Abs. 2 Z 2 EStG) zu qualifizieren. Nach Randzahl 6198 EStR 2000 liegt in Höhe der letzten Kuponzahlung ein rückgängig gemachter Kapitalertrag auch für Zwecke der Kapitalertragsteuer vor. Ansonsten kann eine – auf frühere Kuponzahlungen – einbehaltene Kapitalertragsteuer im Wege eines Antrages nach § 240 BAO zurückerstattet werden. Negative Kapitalerträge können jedoch maximal in Höhe der gezahlten Kuponzinsen vorliegen.

Ein darüber hinaus gehender Verlust ist als Substanzverlust zu qualifizieren. Dieser ist im außerbetrieblichen Bereich nur steuerlich beachtlich, sofern die Anschaffung und Veräußerung der Schuldverschreibungen innerhalb eines Jahres erfolgt. Anzumerken ist, dass Verluste aus Spekulationsgeschäften nur mit (positiven) Einkünften aus Spekulationsgeschäften verrechnet werden können (§ 30 Abs. 4 EStG). Darüber hinaus gibt es weder einen Verlustausgleich noch einen Verlustvortrag. Dabei ist der progressive Steuersatz maßgebend.

Zwischenerwerb bzw. Zwischenveräußerung der Schuldverschreibungen

Im Fall einer Veräußerung der Schuldverschreibungen vor Fälligkeit sind Stückzinsen abzugrenzen und als Einkünfte aus Kapitalvermögen zu versteuern (§ 27 Abs. 2 Z 5 EStG). Die Stückzinsen sind aus dem positiven Unterschiedsbetrag zwischen dem Veräußerungspreis und dem Emissionskurs herauszurechnen und unterliegen der Kapitalertragsteuer bzw. dem besonderen Steuersatz von 25%. Zu den Stückzinsen gehören die anteiligen Kuponzinsen der laufenden Zinsperiode, die – nach der Auffassung der Finanzverwaltung – nach einer finanzmathematischen Formel als Differenz zwischen dem Veräußerungspreis und dem inneren Wert, basierend auf der Rendite des Forderungswertpapiers zu berechnen sind. Auf die Stückzinsen sind vorstehende Grundsätze über die Besteuerung laufender Zinsen aus den Schuldverschreibungen anzuwenden.

Ein darüber hinausgehender Veräußerungsgewinn oder -verlust ist als Substanzgewinn oder Substanzverlust zu qualifizieren, auf den die vorstehenden Grundsätze des § 30 EStG anzuwenden sind.

Die vom Erwerber bezahlten Stückzinsen stellen bei diesem rückgängig gemachten Kapitalertrag dar. Bei inländischer Verwahrung der Schuldverschreibungen führt die Belastung des Erwerbers mit Stückzinsen insoweit zu einer Kapitalertragsteuergutschrift, als diese Stückzinsen im Zeitpunkt der Gewährung der Gutschrift tatsächlich der Kapitalertragsteuerpflicht unterliegen. Bei Auslandsverwahrung der Schuldverschreibungen sind die bezahlten Stückzinsen im Rahmen der Steuererklärung als negative Einkünfte aus Kapitalvermögen anzugeben.

Besteuerung im Betriebsvermögen natürlicher Personen

Die vorstehenden Grundsätze für natürliche Personen, welche die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten, gelten für – im Betriebsvermögen natürlicher Personen gehaltene – Schuldverschreibungen sinngemäß, jedoch unter Beachtung folgender Besonderheiten: Die Einkünfte gelten als betriebliche Einkünfte. Allfällige Substanzgewinne und -verluste werden im Rahmen der betrieblichen Einkünfte zum Normalsteuersatz erfasst.

Besteuerung im Privatvermögen von Privatstiftungen

Die vorstehenden Grundsätze für natürliche Personen, welche die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten, gelten für (eigennützige, d.h. nicht gemeinnützige) Privatstiftungen sinngemäß, jedoch unter Beachtung folgender Besonderheiten: Statt der Kapitalertragsteuer bzw. des besonderen Steuersatzes von 25% ist das Regime der Zwischenbesteuerung mit dem Körperschaftsteuersatz von 12,5% anzuwenden (§ 13 Abs. 3 KStG). Die Zwischenbesteuerung unterbleibt insoweit als im Veranlagungszeitraum Zuwendungen an Begünstigte erfolgen und davon die Kapitalertragsteuer einbehalten worden ist sowie keine Entlastung von der Kapitalertragsteuer aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen erfolgt (§ 13 Abs. 3 KStG). Bei einer Inlandsverwahrung der Schuldverschreibungen findet die Befreiung von der Kapitalertragsteuer nach § 94 Z 11 EStG Anwendung. Die Option zwischen der Besteuerung nach dem Normalsteuersatz (§ 97 Abs. 4 EStG) ist auf Privatstiftungen nicht anzuwenden. Spekulationsgeschäfte nach § 30 EStG unterliegen bei einer Privatstiftung der Körperschaftsteuer zum Normalsteuersatz (25%).

Besteuerung im Betriebsvermögen juristischer Personen und Privat-Stiftungen

Allfällige Erträge aus den Schuldverschreibungen unterliegen als Einkünfte aus Gewerbebetrieb dem Körperschaftsteuersatz von 25%. Bei Privatstiftungen ist die Befreiung von der Kapitalertragsteuer nach § 94 Z 11 EStG anzuwenden. Bei Kapitalgesellschaften kann die Befreiung von der Kapitalertragsteuer nach § 94 Z 5 EStG zur Anwendung kommen. Auf die Besonderheiten aufgrund der Gewinnermittlungsvorschriften (Buchhaltungs- und Bilanzierungsvorschriften) wird an dieser Stelle kein ausdrücklicher Bezug genommen. Allfällige Substanzgewinne und -verluste werden im Rahmen der betrieblichen Einkünfte erfasst. Es ist ein Körperschaftsteuersatz von 25% anzuwenden.

Besteuerung eines Steuerausländers

Natürliche Personen und Kapitalgesellschaften, die in Österreich nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, unterliegen mit ihren Erträgen aus den Schuldverschreibungen nicht der österreichischen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, sofern die Einkünfte daraus nicht zum inländischen Betriebsvermögen oder dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehören.

Bei Verwahrung der Schuldverschreibungen auf einem österreichischen Depot ist das kuponauszahlende Kreditinstitut zur Einbehaltung der Kapitalertragsteuer verpflichtet. Die Einbehaltung der Kapitalertragsteuer sollte unterbleiben, wenn der Anleger dem Kreditinstitut (der kuponauszahlenden Stelle) seine Ausländereigenschaft nachweist bzw. glaubhaft macht, dass er im Inland weder einen Wohnsitz noch seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat oder dass er die Voraussetzungen für die beschränkte Steuerpflicht auf Grund der Zweitwohnsitzverordnung, BGBl II 2003/528 erfüllt (Randzahl 8018 EStR 2000).

Bei natürlichen Personen, die in Österreich der beschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen, können laufende Zinsen der EU-Quellensteuer nach dem EU-QuStG (BGBl I 2004/33) unterliegen. Mit dem EU-QuStG wurde die Richtlinie des Rates 2003/EG/48 vom 3.6.2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen in Österreich umgesetzt. Voraussetzung ist, dass die natürliche Person als wirtschaftlicher Eigentümer der Zinsen zu sehen ist und seinen Wohnsitz innerhalb der Europäischen Union hat. Als wirtschaftlicher Eigentümer ist – von Ausnahmetatbeständen abgesehen – jede natürliche Person zu sehen, die eine Zinszahlung vereinnahmt oder zu deren Gunsten eine Zinszahlung erfolgt (§ 2 Abs.1 EU-QuStG).

Für die Anwendung der EU-Quellensteuer ist zudem erforderlich, dass die Erträge aus den vorliegenden Schuldverschreibungen als Zinszahlung im Sinne von § 6 Abs.1 EU-QuStG zu sehen sind, wovon aber gemäß Randzahl 55 Richtlinien zur Durchführung der EU-Quellensteuer auszugehen ist.

Keine EU-Quellensteuer ist jedoch zu erheben, wenn der wirtschaftliche Eigentümer der österreichischen Zahlstelle eine vom Wohnsitzfinanzamt seines Wohnsitzstaates aus seinen Namen ausgestellte Bescheinigung nach § 10 Abs. 2 EU-QuStG bzw. Art 13 Abs. 2 Richtlinie 2003/EG/48 vorlegt. Die Bescheinigung muss folgende Angaben enthalten: Name, Anschrift und Steuer- oder sonstige Identifizierungsnummer oder in Ermangelung einer solchen, das Geburtsdatum und Geburtsort des wirtschaftlichen Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers oder in Ermangelung einer solchen, Kennzeichen des Wertpapiers. Die Bescheinigung gilt für einen Zeitraum von drei Jahren ab Ausstellung.

Besteuerung im Großherzogtum Luxemburg

Bitte beachten Sie, dass das unter den folgenden Überschriften verwendete Konzept der Ansässigkeit lediglich auf die Veranlagung unter der luxemburgischen Einkommensteuer anwendbar ist. Sämtliche Verweise in diesem Teil bezüglich Steuern und Abgaben und Gebühren beziehen sich ausschließlich auf luxemburgische steuerliche Konzepte unter Ausschluss aller anderen Konzepte. Bitte beachten Sie weiterhin, dass ein Verweis auf die luxemburgische Einkommensteuer zugleich den Verweis auf die Körperschaftsteuer (*impôt sur le revenu des collectivités*), die Gewerbesteuer (*impôt commercial communal*), den Solidaritätszuschlag (*contribution au fonds de l'emploi*), sowie die persönliche Einkommensteuer (*impôt sur le revenu*) enthält. Anleihegläubiger können ferner der Vermögenssteuer (*impôt sur la fortune*) sowie weiteren Steuern, Gebühren und Abgaben unterliegen. Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag finden auf die meisten Gesellschaften Anwendung, die zum Zweck der Luxemburger Besteuerung in Luxemburg ansässig sind. Natürliche Personen unterliegen als Steuerzahler grundsätzlich der Einkommensteuer sowie dem Solidaritätszuschlag. Eine natürliche Person kann in ihrer Form als Steuerzahler unter besonderen Umständen der Gewerbesteuer unterliegen, soweit sie ein Gewerbe ausführt.

Steuerwohnsitz von Anleihegläubigern in Luxemburg

Ein Anleihegläubiger wird in Luxemburg weder unbeschränkt steuerpflichtig, noch als solcher behandelt, aufgrund der bloßen Inhaberschaft oder der Ausübung, Kündigung, Ablieferung und/oder Vollstreckung von Schuldverschreibungen.

Quellensteuer

In Luxemburg nicht ansässige Anleihegläubiger

Vorbehaltlich der Gesetze vom 21. Juni 2005 (die „Gesetze“), die die Richtlinie 2003/48/EG vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen („EU-Zinsrichtlinie“) und diesbezügliche Staatsverträge mit Drittstaaten in nationales Recht umsetzen, unterliegen von einer luxemburgischen Zahlstelle an nicht ansässige Anleihegläubiger geleistete Zinszahlungen (einschließlich Stückzinsen), keiner Quellenbesteuerung. Nicht im voraus garantierte Zinsen, Rückzahlungs- oder Kündigungsbeträge an nicht-ansässige Anleihegläubiger dürften nicht als Zins im Sinne der EU-Richtlinie gelten, soweit die Bezugsgröße hierfür Aktien, Aktienindizes, Metalle oder ähnliches sind

und somit grundsätzlich keiner luxemburgischen Quellensteuer unterliegen. Allerdings bestehen hierzu keine verbindlichen Richtlinien der luxemburgischen Steuerbehörde. Es besteht weiterhin keine luxemburgische Quellenbesteuerung im Falle der Rückzahlung des Nennbetrages, des Rückkaufs, Verkaufs oder Tauschs von Schuldverschreibungen.

Gemäß der EU-Zinsrichtlinie ist eine luxemburgische Zahlstelle seit 1. Juli 2005 verpflichtet, auf Zinszahlungen und ähnliche Einkünfte, hierunter können auch prinzipiell die bei Fälligkeit gezahlten Rückzahlungsprämien von Anleihen fallen, die an natürliche, in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ansässige Personen oder an eine niedergelassene Einrichtung („**Niedergelassene Einrichtungen**“) im Sinne des Artikels 4.2 der EU-Zinsrichtlinie (das heißt eine Rechtsform ohne eigene Rechtspersönlichkeit - ausgenommen von (i) *finnischen avoin yhtiö und kommandiittiyhtiö / öppet bolag und kommanditbolag* (ii) *schwedischen handelsbolag und kommanditbolag* – und, deren Gewinn den allgemeinen Vorschriften der Unternehmensbesteuerung unterliegt und die weder als eine OGAW zugelassen ist nach der Richtlinie 85/611/EWG noch hierfür optiert hat) gezahlt werden, eine Quellensteuer einzubehalten, falls der Begünstigte der Zinszahlungen nicht den Austausch von Informationen bevorzugt und wählt. Das gleiche Regime ist anwendbar für Zinszahlungen an natürliche Personen und Niedergelassene Einrichtungen in eines der folgenden Territorien: Aruba, Britischen Jungferninseln, Guernsey, Jersey, Isle of Man, Montserrat und die Niederländische Antillen.

Der Steuersatz unter der EU-Zinsrichtlinie beträgt derzeit 20% und erhöht sich zum 1. Juli 2011 auf 35%. Dieses System der Quellenbesteuerung gilt jedoch lediglich für einen Übergangszeitraum, der enden wird zum Ende des ersten Steuerjahres, nach dem bestimmte Nicht-EU Staaten dem Austausch diesbezüglicher Informationen zugestimmt haben.

In Luxemburg ansässige natürliche Personen

Gemäß dem Gesetz vom 23. Dezember 2005 unterliegen Zinszahlungen oder vergleichbare Einkünfte seit 1. Januar 2006 (Zinsgutschriften bereits seit 1. Juli 2005), die von luxemburgischen Zahlstellen oder auf Option von Zahlstellen in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie des Europäischen Wirtschaftsraumes an natürliche in Luxemburg ansässige Personen geleistet werden, einer 10%igen Quellensteuer, wobei die Definition von Zinszahlungen derjenigen der EU-Zinsrichtlinie bzw. der Gesetze entspricht. Bei natürlichen Personen, die lediglich im Rahmen der Verwaltung ihres Privatvermögens handeln, hat diese Quellenbesteuerung eine vollständige Abgeltungswirkung hinsichtlich der diesbezüglichen Einkommensteuer. Ansonsten ist die Quellenbesteuerung vollständig anzurechnen.

Ertragsbesteuerung der Anleihegläubiger

In Luxemburg ansässige natürliche Personen

In Luxemburg ansässige Anleihegläubiger beziehungsweise nicht in Luxemburg ansässige Anleihegläubiger, die eine Betriebsstätte oder einen ständigen Vertreter in Luxemburg haben, denen die Schuldverschreibungen zuzurechnen sind, müssen zugeflossene Zinszahlungen in das zu versteuernde Einkommen mit aufnehmen, soweit diese nicht bereits der endgültigen 10%igen Quellensteuer gemäß dem Gesetz vom 23. Dezember 2005 unterlagen. Sie sind bei Rückzahlung des von ihnen investierten Nennbetrags keiner luxemburgischen Einkommensteuer unterworfen.

Anleihegläubiger, bei denen es sich um in Luxemburg ansässige natürliche Personen handelt, die im Rahmen der Verwaltung ihres Privatvermögens handeln, müssen bei der Veräußerung von fest verzinsten Schuldverschreibungen keine Steuern auf Veräußerungsgewinne entrichten, sofern nicht die Veräußerung der Schuldverschreibungen vor dem Erwerb der Schuldverschreibungen erfolgt oder die Schuldverschreibungen innerhalb von sechs Monaten nach Erwerb veräußert werden. Bei Rückkauf, Rücknahme, Kündigung oder Umtausch von Schuldverschreibungen müssen in Luxemburg ansässige natürliche Personen jedoch den Anteil des Rückkauf-, Rücknahme-, Kündigungs- oder Umtauschpreises, der den Stückzinsen oder dem Gewinn auf die Schuldverschreibungen entspricht, ihrem steuerpflichtigen Einkommen zurechnen, soweit dieser Stückzins in den Anleihebedingungen gesondert ausgewiesen ist. Eine natürliche Person, die im Rahmen der Verwaltung ihres Privatvermögens handelt, und bei Verkauf, Kündigung oder Tausch von Schuldverschreibungen einen Gewinn realisiert, hat die Differenz zwischen dem Verkaufs-, Kündigungspreis und dem An-

schaffungspreis der Schuldverschreibungen zu versteuern, soweit die Schuldverschreibungen keiner festen Verzinsung unterliegen (sog. Zero-Coupons).

Im Falle der Kündigung, des Verkaufs oder der anderweitigen Veräußerung von Schuldverschreibungen unterliegen die in Ausübung einer gewerblichen oder professionellen Tätigkeit erzielten Gewinne in den Händen einer natürlichen Person, die zum Zweck der Luxemburger Besteuerung in Luxemburg ansässig ist oder die eine Betriebsstätte oder einen ständigen Vertreter in Luxemburg unterhält, denen die Schuldverschreibungen zuzurechnen sind, der luxemburgischen Einkommenssteuer. Als Einkünfte ist die Differenz zwischen a) dem Verkaufs-, Kündigungs- oder Tilgungsbetrag oder dem Marktwert der gelieferten Basiswerte und b) dem niedrigeren der Beträge von Anschaffungspreis oder Buchwert der Schuldverschreibungen anzusehen.

In Luxemburg ansässige Gesellschaften

In Luxemburg ansässige Gesellschaften (*sociétés de capitaux*), die Anleihegläubiger sind, beziehungsweise nicht in Luxemburg ansässige Gesellschaften, die eine Betriebsstätte oder einen ständigen Vertreter in Luxemburg haben, denen die Schuldverschreibungen zuzurechnen sind, müssen zugeflossene Zinszahlungen in das zu versteuernde Einkommen mit aufnehmen. Zinseinkommen unterliegen der Körperschaftssteuer.

Im Falle des Verkaufs, der Rückzahlung oder der anderweitigen Veräußerung von Schuldverschreibungen sind die von einer Kapitalgesellschaft (*société de capitaux*) erzielten Gewinne in ihrem steuerbaren Gewinn mit einzuschließen, insoweit die Gesellschaft zum Zweck der Besteuerung in Luxemburg ansässig ist, eine Betriebsstätte oder einen ständigen Vertreter in Luxemburg unterhält, denen die Schuldverschreibungen zuzurechnen sind. Als Einkünfte ist die Differenz zwischen a) dem Verkaufs-, Kündigungs- oder Tilgungsbetrag oder dem Marktwert der gelieferten Basiswerte und b) dem niedrigeren der Beträge von Anschaffungspreis oder Buchwert der Schuldverschreibungen anzusehen.

In Luxemburg ansässige Gesellschaften, die einem gesonderten Steuersystem unterliegen

Anleihegläubiger, die einem gesonderten Steuersystem unterliegen, wie z.B. dem Gesetz vom 31. Juli 1929 über Holdinggesellschaften, dem Gesetz vom 20. Dezember 2002 über OGA, dem Gesetz vom 13. Februar 2007 über Spezialfonds oder dem Gesetz vom 11. Mai 2007 über Gesellschaft zur Verwaltung von Familienvermögen, sind in Luxemburg von der Körperschafts- und Vermögenssteuer befreit. Zinseinkommen aus den Schuldverschreibungen sowie Gewinne durch deren Verkauf oder anderweitigen Veräußerung unterliegen keiner Einkommensteuer.

Diese Hinweise können die steuerliche Beratung im Einzelfall nicht ersetzen, da letztlich auch die individuelle Situation des einzelnen Anlegers berücksichtigt werden muss. Daher sollte jeder Anleger den Rat eines Vertreters der steuerberatenden Berufe einholen.

Da zu innovativen Anlageinstrumenten derzeit keine höchstrichterliche Urteile vorliegen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine andere Besteuerung für zutreffend gehalten wird.

München, 24. Februar 2010

Bayerische Landesbank
